

Resolution: Industrie mit Zukunft!

Die Industrie ist mit ihren rund 6.100 Unternehmen ein Fundament der Wirtschaft in Westbrandenburg - von der Prignitz bis zum Hohen Fläming. Sie bietet zahlreiche Arbeits- und Ausbildungsplätze und damit Einkommen, Wohlstand sowie Perspektiven. Ihr Anteil an der Wertschöpfung ist weit überdurchschnittlich.

Die Industrie sorgt für Innovationen. Für Forschung und Entwicklung ist die Industrie in der Region die zentrale Triebkraft. Dabei schreitet die technologische Entwicklung in der Industrie rasant voran. Die Vernetzung über das Internet ermöglicht zunehmend neues Produktivitätswachstum und eine größere Flexibilität.

Im ländlichen Raum leistet die Industrie einen bedeutenden Beitrag zur regionalen Entwicklung. Bei Investitionsentscheidungen setzen Industrieunternehmen auf den Rückhalt in ihrer Region. Die Unterstützung durch die Politik, die Verwaltung und durch die Bürger vor Ort sind für die Industrie eine zentrale Voraussetzung für eine positive wirtschaftliche Entwicklung. Die Unternehmen sind zudem tief in den Regionen verankert und suchen zugleich aktiv den Dialog. Sie informieren und schaffen Transparenz.

Auch in Zukunft werden die Industrieunternehmen im Sinne des „Ehrbaren Kaufmanns“ ihren Teil der Verantwortung für den Erfolg des Wirtschaftsstandortes Westbrandenburg übernehmen. Damit dieses gelingt, müssen jedoch die Rahmenbedingungen stimmen. Das gegenwärtige positive konjunkturelle Umfeld in der Hauptstadtregion darf nicht den Blick dafür verstellen, dass zahlreiche Defizite und Risiken existieren, die behoben werden müssen, um auch in Zukunft den anstehenden Herausforderungen gewachsen zu sein.

1. Energiewende entwickeln und anpassen

Die Industrie in Westbrandenburg benötigt eine sichere und umweltverträgliche Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen. Die Höhe der Energiepreise darf nicht zum Standortnachteil werden und zur Abwanderung von Industrieunternehmen führen. Die Akzeptanz für die Energiewende steht und fällt mit den Belastungen für die Unternehmen. Durch einen flexiblen Rechtsrahmen müssen Fehlentwicklungen der Energiewende, die die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Industrie gefährden, beendet werden.

Die Mehrzahl der Industrieunternehmen hat in den vergangenen Jahren in Maßnahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz investiert, die bei der Festlegung künftiger Auflagen und Standards zu berücksichtigen sind. Die Eigenstromversorgung stellte ein weiteres Instrument für die Industrie dar, Energiekosten verlässlich zu gestalten. Diese Investitionen dürfen nicht entwertet werden.

Die Energiewende bietet vielfältige Chancen. Brandenburger Hochschulen und Unternehmen verfügen dabei über ein erhebliches, auch für internationale Märkte nutzbares Potenzial. Es gilt diese Potenziale zu bündeln und kooperativ zu entwickeln, damit innovative Technologien zur Energieeinsparung, -erzeugung, -verteilung und -speicherung zügig Marktreife erlangen.

Damit die Industrie im Wettbewerb bestehen kann, sind erforderlich

- eine störungsfreie Versorgungssicherheit und darauf ausgelegte Infrastrukturen,
- ein Engagement der Landesregierung für eine gerechte Verteilung der Kosten der Energiewende sowie für eine Minderung des staatlich induzierten Strompreis-Anteils,
- Planungssicherheit und Bestandsschutz für Investitionen angesichts der sehr dynamischen Gesetzgebung im Erneuerbare Energien-Bereich,

- ein Anreizsystem für die Kooperation von Wissenschaft und Wirtschaft zur lösungs- und marktorientierten Entwicklung in den Bereichen Elektrizität, Wärme und Mobilität.

2. Infrastruktur ausbauen und erhalten

Für eine positive Entwicklung der Industrie sind ausreichend zur Verfügung stehende Gewerbe- und Industrieflächen eine Grundvoraussetzung. Regional gibt es bereits heute, insbesondere in berlinnahen Regionen, einen Engpass an geeigneten, ausreichend großen marktgängigen Flächen. Hier ist durch ein verbessertes und aktiveres Flächenmanagement der Kommunen Abhilfe zu schaffen. Das Land sollte hier stärker unterstützen und entsprechende Maßnahmen von den Kommunen einfordern.

Die Zukunftsfähigkeit der Region hängt von der flächendeckenden Verfügbarkeit leistungsfähiger digitaler Infrastrukturen ab. Entsprechende Breitbandnetze – mobil und im Festnetzbereich – sind vielerorts nicht in der erforderlichen Qualität verfügbar. Insbesondere die Anbindung vieler Gewerbegebiete ist verbesserungswürdig. Erforderlich ist eine politische Übereinkunft auf ein Glasfaserinfrastrukturziel: flächendeckende Versorgung bis 2025. Zentrale und konkrete Forderungen sind im DIHK-Aktionsplan „Digitale Infrastruktur“ formuliert.

Mittlerweile existiert in nahezu allen Parteien Einigkeit, dass die Verkehrsinfrastruktur ausgebaut bzw. dauerhaft instandgehalten werden muss. Im Bereich der Verkehrsinfrastruktur steht der „Erhalt vor Ausbau“ sowie die „Schließung von Verkehrslücken“ im Fokus. Um die prognostizierten Verkehrsmengen bewältigen zu können, müssen zukünftig jedoch auch ausgewählte Neubauvorhaben schneller vorangetrieben werden. Insbesondere in der Hauptstadtregion im Berliner Umland stößt die Verkehrsinfrastruktur zunehmend an ihre Grenzen.

Der Bund hat angekündigt die Planungsverfahren durch Gesetzesnovellierungen deutlich verkürzen zu wollen, um Verkehrsprojekte schneller umsetzen zu können. Das Land Brandenburg sollte ähnliches tun, um die Planverfahren entsprechend zu verkürzen. In diesem Zusammenhang muss dauerhaft gewährleistet sein, dass die zuständigen Behörden ausreichend mit qualifiziertem Personal ausgestattet sind.

Folgende Verkehrsprojekte sollten prioritär umgesetzt werden:

- Diverse S-Bahn Verlängerungen, Wiederaufbau Potsdamer Stammbahn
- Wiederaufbau Dresdner Bahn
- Ersatzneubau Schleuse Kleinmachnow
- Ausbau der Bundesstraße B96-Nord
- Autobahn A10: sechsstreifiger Ausbau des westlichen Berliner Rings
- Bau Autobahn A14 – Karstädt – AS Dahlenwarleben
- Ausbau Autobahn A24: sechsstreifiger Ausbau AS Kremmen – AD Wittstock/Dosse
- Eröffnung Flughafens Berlin-Brandenburg (BER); Optimierung verkehrliche Anbindung der Flughafenregion.

3. Innovationen entwickeln und fördern

Wohlstand und Wettbewerb beruhen zu einem wesentlichen Teil auf der Innovationsstärke der Unternehmen – insbesondere aus der im Hochtechnologiesektor. Bezogen auf die Ausgaben für Forschung und Entwicklung sowie an der Zahl der Patentanmeldungen ist die Industrie der Innovationstreiber schlechthin. Industrieunternehmen aus Westbrandenburg müssen innovativ arbeiten können. Folgendes ist dafür zu tun:

- Gründungen sind im Bereich der industrienahen Dienstleistungen (z. B. Forschungs- und Entwicklungsdienstleistungen und Produktdesign) zu forcieren. Die Innovationskultur und Technologieakzeptanz müssen gestärkt werden. Insbesondere industrielle und industrie-nahe Start-ups sind umfassender zu fördern.

- Hochschulen sowie Forschungseinrichtungen sind effektiver mit der Wirtschaft zu vernetzen. Industrienaher Unternehmensausgründungen aus den regionalen Hochschulen der Hauptstadtregion sollten stärker gefördert werden. Brandenburg muss optimale Voraussetzungen schaffen, um insbesondere auch das Potenzial der Nähe zur Bundeshauptstadt besser zu erschließen.
- Forschungs- und Innovationsprogramme sollten industriefreundlicher ausgestaltet werden. Kleine und mittlere Betriebe des verarbeitenden Gewerbes sind bei der Neuausrichtung öffentlicher Förderprogramme besonders und unbürokratisch zu berücksichtigen. Der Technologietransfer ist weiter zu stärken.

4. Fachkräfte ausbilden und halten

Der weltweite Wettbewerb in der Industrie nimmt rasant zu. Die Globalisierung und Digitalisierung verändern bestehende Geschäftsmodelle. Die Qualifikationsanforderungen an die Mitarbeiter steigen. Der demografische Wandel ist die zentrale Herausforderung für die brandenburgischen Unternehmen. Bereits heute fehlen in allen Bereichen der Wirtschaft junge, qualifizierte Mitarbeiter.

Industrieunternehmen in Brandenburg müssen ausreichend mit Fachkräften versorgt werden können. Dies sind die Grundvoraussetzungen dafür:

- Es müssen alle Potenziale des Arbeitsmarktes erschlossen werden. Insbesondere die Erwerbsanteile von Älteren und Frauen muss gesteigert werden. Die Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland ist zu erleichtern und deren Integration stärker zu fördern.
- Das Land Brandenburg muss überregional attraktiv für Fachkräfte und Studierende sein. Die Konkurrenz in Brandenburg um Fachkräfte ist durch die Nähe zur Bundeshauptstadt groß. Es muss mehr dafür getan werden, die jungen Menschen in den Regionen zu halten. Freizeitmöglichkeiten und die Infrastruktur sind in diesem Zusammenhang zu optimieren.
- Zu viele Jugendliche haben nur diffuse Vorstellungen vom Berufsalltag sowie von einem Berufsbild. Die Chancen einer betrieblichen Ausbildung, auch die Aufstiegschancen durch einen Abschluss der höheren Berufsbildung sind häufig nicht ausreichend bekannt. Hier sollten die Schulen eine intensivere berufliche Orientierung mit umfassenden Praxisphasen anbieten.
- Die Schul- und Ausbildungsabbrecherquoten in Brandenburg sind zu hoch. Hier sind mehr Anstrengungen zu unternehmen, um die Jugendlichen stärker zu fördern und mitzunehmen.
- Insbesondere eine gute MINT-Bildung (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) ist die Grundlage für die Ausbildung technischer Fachkräfte und die technische Innovationsfähigkeit der Industrie. Diese sollte einen größeren Stellenwert erhalten durch regelmäßiges, praxisorientiertes Lernen von der Kita bis zum Abitur. Außerschulische Lernorte wie Unternehmen sollten in diesem Zusammenhang noch stärker in den Lehrplan eingebunden werden.

5. Internationalisierung verstetigen und ausbauen

Der Erfolg der regionalen Industrie beruht zu einem erheblichen Teil auf der konsequenten Erschließung ausländischer Märkte. Nicht zuletzt deshalb ist die Exportquote im IHK-Bezirk Potsdam in den vergangenen 15 Jahren deutlich gestiegen. Zugleich ist sie im Bundesvergleich aber insgesamt immer noch unterdurchschnittlich. Die jüngeren Entwicklungen in wichtigen Exportländern (USA, Russland, Großbritannien, Türkei) zeigen die Wichtigkeit der Diversifizierung von Absatzmärkten. In einer globalisierten Welt stehen die Westbrandenburger Unternehmen unmittelbar und mit Marktbegleitern weltweit um Kooperationen, Investitionen, Fachkräfte, Aufträge und Kunden im Wettbewerb. Angesichts des kleinstrukturierten verarbeitenden Gewerbes in Brandenburg ist die Unterstützung bei der Internationalisierung unumgänglich.

Um die Internationalisierung zu verstetigen, sind folgende Maßnahmen umzusetzen:

- Unternehmen sind an grenzüberschreitende Kooperationen heranzuführen und bei der Diversifizierung ihres Handels sowie bei der Nutzung der Vorteile des Europäischen Binnenmarktes zu unterstützen,
- Visavergaben und Außenwirtschaftsrecht müssen vereinfacht werden. Insbesondere bei Anträgen auf exportkontrollrechtliche Bescheide sind (in der EU) gleiche und faire Wettbewerbsbedingungen sicherzustellen.
- Die Bemühungen für die internationale Vermarktung Brandenburgs als Standort und Wirtschaftspartner sind zu verstärken und die Zusammenarbeit mit Berlin als gemeinsame Hauptstadtregion weiter voranzutreiben.

6. Bürokratieabbau vorantreiben und beschleunigen

Die Belastung von Unternehmen in Deutschland durch Bürokratiekosten sind mit mehr als 40 Mrd. Euro sehr hoch. In vielen Wirtschaftsbereichen nimmt das Ausmaß der Regulierung kontinuierlich zu. Für viele kleine und mittlere Unternehmen sind die zunehmenden Berichts-, Melde-, Aufzeichnungs- und Dokumentationspflichten, verbunden mit einem hohen Kosten- und Personalaufwand, nur noch schwer zu bewältigen.

Unternehmen können sich jedoch nur dann dynamisch entwickeln und wachsen, wenn sie nicht durch unnötige Regulierungen behindert werden. Folgende Maßnahmen helfen, die Bürokratielasten zu senken:

- Der Bürokratieabbau muss nachhaltiger angegangen werden. Die bürokratischen Lasten treffen den Mittelstand besonders. Es sollten von der Politik verbindliche ehrgeizige Bürokratieabbauziele definiert werden und entschlossen umgesetzt werden.
- Mehr Mut zu weniger Regeln ist nötig, damit überflüssige Bürokratie frühzeitig vermieden werden kann. Wirksame Bürokratieabbaumechanismen sind zu institutionalisieren. Vor allem Bürokratiekosten durch Informationspflichten und der Erfüllungsaufwand dürfen nicht weiter steigen.
- E-Government-Dienstleistungen (ohne Medienbrüche) auf Verwaltungsebene sind stärker als bisher anzubieten. Elektronische Verwaltungsdienstleistungen müssen auf allen Ebenen nach einheitlichen, verbindlichen Standards angeboten werden.

Westbrandenburg braucht die Industrie und die Industrie braucht die Region. Mit einer dynamischen Industrie geht unsere Region in eine gute Zukunft! Politik, Verwaltung und Gesellschaft sollten daher die Industrieunternehmen bei der Bewältigung ihrer regionalen und globalen Herausforderungen unterstützen.

Potsdam im Juni 2018